

stacheles

Das Tarif-Magazin für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



Ratgeber

Seite 8

Interne Ausschreibung von Arbeitsplätzen



Vorgestellt
DPoIG Berlin

Seite 3



Interview
Marcel Philipp, KAV NW

Seite 10

Inhalt

Editorial 2

Vorgestellt 3

Tarifthemen 4

Lehrkräfte in Sachsen

Losch Airport Service Stuttgart

Infrastrukturgesellschaft
Land Hessen

Redaktion Einkommensrunde 2018

Kommunaler Nahverkehr Berlin

Flughafenfeuerwehr Frankfurt-Hahn

Kommunaler Nahverkehr Bayern

Ratgeber 8

Interview 10

Buchvorstellungen 13

Rechtsprechung 14

Zitat des Monats 16

Redaktionsschluss:
18. Juli 2018



Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion, Bundesleitung, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,
Verantwortlich: Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik
Redaktion: Ulrich Hohndorf, Arne Goodson, Andreas Schmalz
Gestaltung und Satz: Jacqueline Behrendt
Bildnachweis: Titel: Colourbox.de, DPolG Berlin, KAV NW, S.2: Marco Urban, S.3: DPolG Berlin, S.4: dbb, S.5: dbb, S. 8: Colourbox.de, S.10-12: KAV NW, S.15: Colourbox.de / Alfred Hofer, S.16: Staatsministerium Baden Württemberg
Telefon: 030.40 81- 54 00, **Fax:** 030.40 81- 43 99
E-Mail: tacheles@dbb.de, **Internet:** www.dbb.de
Verlag: dbb verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon 030.7261917-0
Druck: L.N. Schaffrath DruckMedien GmbH & Co. KG. Der Bezugspreis für tacheles ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacyber, Dechenstraße 15 A, 40878 Ratingen, Telefon: 02102.740 23-0, Fax: 02102.740 23-99, mediacyber@dbbverlag.de
Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.740 23-715
Anzeigenverkauf: Christiane Polk, Telefon: 02102.740 23-714
Preisliste 17, gültig ab 1.10.2017

tacheles · 7/8 · Juli/August 2018

Editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!



Weniger als ein halbes Jahr bleibt den Tarifpartnern noch, um die vom Bundestag beschlossene Infrastrukturgesellschaft mit einem Tarifvertrag zu versehen, der die Beschäftigten dazu ermutigt, vom Landes- in den

Bundesdienst zu wechseln. Gerne würde ich an dieser Stelle davon berichten, dass wir uns auf der Zielgeraden befinden und nur noch ein paar letzte Tarifschrauben nachziehen müssen, damit der Vertrag fertig und vorzeigbar ist. Davon sind wir jedoch weit entfernt. Vielmehr müssen wir feststellen, dass sich der Bund nach einer Auftaktveranstaltung im März dieses Jahres nicht mehr in der Lage sah, mit uns weiter zu verhandeln. Dieser Zeitverzug ist nicht einfach nur ein wenig ärgerlich, er ist geeignet, das ganze Projekt zu gefährden. Denn die Infrastrukturgesellschaft ist darauf angewiesen, dass die bisherigen Landesbeschäftigten in die Infrastrukturgesellschaft des Bundes wechseln. Ansonsten bliebe diese ein leeres Gebilde. Bis zum 1. Januar 2019 sollen die Länder die Bereitschaft der Beschäftigten zum Wechsel abgefragt haben. Diese Bereitschaft hängt elementar davon ab, dass die Beschäftigten wissen können, worauf sie sich einlassen. Nachlesbar wäre das in dem entsprechenden Tarifvertrag. Der jedoch ist nicht einmal in groben Umrissen erkennbar.

Ich bin oft im Gespräch mit unseren betroffenen Fachgewerkschaften und auch mit den Beschäftigten. Skepsis und eine gewisse Unsicherheit gab es von Anfang an, schließlich sollen die Beschäftigten Vertrautheit und Sicherheit gegen etwas ihnen völlig Unbekanntes eintauschen. Aber es gab auch Neugier und vielerorts auch Offenheit für einen neuen Weg, der vielleicht sogar Chancen für den Einzelnen bereithalten könnte. Diese positive Einstellung ist mittlerweile komplett verfliegen.

Allerorten ist zwar die Rede davon, dass dem öffentlichen Dienst der Personalnotstand droht, nur der Bund scheint sich darum nicht zu kümmern und hilft selbst noch mit, diesen Notstand zu vergrößern. Das muss sich ändern und zwar rasch, sonst stimmen die Kolleginnen und Kollegen mit den Füßen ab. Wir brauchen einen verbindlichen Fahrplan für die Tarifverhandlungen zu einem hochwertigen TV Infrastrukturgesellschaft – und wir brauchen ihn jetzt!

Mit freundlichen Grüßen

Volker Geyer

Deutsche Polizeigewerkschaft Berlin

Betreuungsteam im Kreisverband Direktion Einsatz



Mit dieser tacheles-Ausgabe fahren wir fort, die dbb-Familie vorzustellen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Berlin und dort das Betreuungsteam im Kreisverband Direktion Einsatz haben wir dieses Mal ausgewählt. Unter post@dpolg-berlin.de, 030. 393 30 73 und www.dpolg.berlin steht die DPoIG Berlin für alle Mitglieder und Interessierte gerne zur Verfügung. Für die DPoIG sitzen deren Landeschef Bodo Pfalzgraf, sein Stellvertreter Boris Biedermann sowie weitere Vertreter der DPoIG im Hauptpersonalrat, Gesamtpersonalrat und in den örtlichen Personalräten im Land Berlin.

Die „Kümmerner“

„Engagierte Personalratsarbeit ist ein Schlüssel zum Erfolg, wenn Du das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen gewinnen willst“, erklärt Biedermann. „Natürlich braucht gute Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit Überzeugungen und Grundsätze, aber nicht weniger wichtig ist es, dass wir uns um den Alltag der Kolleginnen und Kollegen kümmern. Der ist nämlich schwierig genug.“ Wer den Gewerkschafter Boris Biedermann erlebt, merkt schnell, was er unter „Kümmerner“ versteht. Mit vollem Herzen und nicht enden wollendem Engagement begleitet er seine Kolleginnen und Kollegen im Alltag und sucht überall nach schneller und nötigenfalls auch unkonventioneller Hilfe. „Natürlich findet eine effektive Interessenvertretung auch in unzähligen Sitzungen und über viel Schreibtischarbeit statt“, weiß Biedermann zu berichten, „aber es geht auch darum, den Kolleginnen und Kollegen im Einsatz zu helfen.“ Beispielhaft und bei den Beschäftigten sehr beliebt, ist der Einsatz, den die DPoIG in Berlin während der aufwändigen Einsätze zum 1. Mai fährt, wenn sie die Beschäftigten mit Wasser, Obst und Süßigkeiten versorgt. „Das kommt an, vor allem, weil der Dienstherr sich hier oftmals sehr wenig Mühe gibt“, berichtet Biedermann weiter.

„Auch bei der immer weiter um sich greifenden Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte sind wir gefordert, weil der Senat sich hier leider sehr zurückhält.“ Das alles erlebte die Berliner DPoIGler im Ehrenamt.

Organisationsschwerpunkte

Die DPoIG organisiert alle Tarifbeschäftigten und Beamten im Bereich des Vollzugs- und Verwaltungsdienstes bei der Polizei und in den Ordnungsämtern. Dazu gehören unter anderem in der Direktion Einsatz der Begleitschutz und Verkehrsdienst, die Bereitschaftspolizei, die Diensthundeführereinheit, die Einsatzleitzentrale, der zentrale Objektschutz, die Gefangenenbewachung, die Polizeihubschrauberstaffel und die Wasserschutzpolizei. Zu den Dienststellen der Berliner Polizei gehören die Direktionen 1 bis 6, die Direktion Einsatz, die Behördenleitung, das Landeskriminalamt, die Polizeiakademie und der Personalservice.

Aufgaben und Probleme

Aus der Arbeit für die Arbeitnehmer berichtet Biedermann von einem Umstand, der in der Vergangenheit immer wieder zu Problemen geführt hat: „Die Tarifbeschäftigten haben keine adäquate Dienstunfallversicherung. Dies bedeutet, dass sie nach einem Dienstunfall – zum Beispiel Verletzung bei der Bewachung eines Schutzobjekts oder durch Widerstand gegen einen Mitarbeiter des Ordnungsamts – gekündigt werden können, wenn sie dadurch ihren Arbeitsvertrag nicht mehr erfüllen können. Beamte werden in diesem Fall

in den Ruhestand versetzt. Tarifbeschäftigte können so völlig unverschuldet zu Hartz-IV-Empfängern werden. Wir kämpfen für einen adäquaten Versicherungsschutz.“ Biedermann ergänzt: „Wichtig sind der DPoIG in allen Bereichen gute und akzeptable Dienstzeiten, gute Schutzausrüstungen, vernünftige Arbeitsmittel zu denen auch Fahrzeuge gehören sowie intakte Dienstgebäude. Hier legen wir als Personalvertreter immer wieder den Finger in die Wunde.“

Arbeitsteilig erfolgreich

Im Tarifbereich kämpft die DPoIG zusammen mit dem dbb darum, den Fokus neben finanziellen Verbesserungen auch auf andere Bereiche zu legen. So sollte zum Beispiel der Zusatzurlaub bei Schicht- / Wechselschichtarbeit erhöht werden. Auch über die Möglichkeit für diese Beschäftigten früher in Rente zu gehen, sollte hier nachgedacht werden. Biedermann berichtet: „Im Tarifbereich der Direktion Einsatz gibt es aktuell große Probleme mit der Arbeitszeit beim zentralen Objektschutz. In diesem Bereich wurde von dem bewährten Zwölf-Stundendienst auf einen Acht-Stundendienst umgestellt. Die Folge sind sechs Dienstantritte mit sieben aufeinanderfolgenden Tagen Dienst, da der letzte Dienst am Anfang des siebten Tags endet. Das ist eine enorme Arbeitsbelastung. Im Bereich der Gefangenenbewachung soll nun auch auf Acht-Stundendienst umgestellt werden, was von der Mehrheit der Bediensteten nicht gewünscht ist.“

Als Fazit seiner Arbeit sieht Biedermann es als wichtig an, „dass wir gut vernetzt sind, gut vernetzt in unserer DPoIG, in unserem Dachverband, dem dbb, aber natürlich auch im Land Berlin und mit der hiesigen Politik. Erfolgreich sind wir nicht, weil wir die lautesten Parolen haben, sondern einen langen Atem bei der Alltagsarbeit.“ ■



Einsatzbetreuung am 1. Mai 2018, Boris Biedermann, rechts